



G 8612 E

Die Steuer-Gewerkschaft

Gewerchaftsorgan der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)
– Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung –

Der 14. Steuer-Gewerkschaftstag setzte programmatische Maßstäbe → S. 83

Ondracek: „Steuergeheimnis verhindert Revolution in Deutschland“ → S. 85

Lübecker Plattform: Einheit von sozialer Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit → S. 87

Sparprogramm 2000 trifft Rentner und Pensionäre → S. 93



7-8/99

48. Jahrgang - Juli/August 1999 - ISSN 0178-207X

Inhalt

83 Der 14. Steuer-Gewerkschaftstag setzt programmatische Maßstäbe

Die Delegierten forderten in Lübeck einen grundlegenden Wechsel in der Steuerpolitik. Der Gesetzgeber dürfe nicht mehr bloß auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts reagieren, sondern müsse im Sinne der Gewaltenteilung selbst für ein einfaches Steuerrecht sorgen.

85 Ondracek: „Steuergeheimnis verhindert Revolution in Deutschland“

In der öffentlichen Kundgebung rechnete der mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Bundesvorsitzende Dieter Ondracek mit dem „kranken Steuersystem“ in der Bundesrepublik ab. Vor Steuererhöhungen müßten die vorhandenen Steuerquellen ausgeschöpft werden.

87 Lübecker Plattform: Einheit von sozialer Gerechtigkeit und Steuer-gerechtigkeit

Das Motto des 14. Steuer-Gewerkschaftstages „Starke Steuer-verwaltung – Garant für sozialen Frieden“ schlägt sich im Zukunftsprogramm nieder. Die Bürger müssen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit belastet werden.

93 Sparprogramm 2000 trifft Rentner und Pensionäre

Nach Auffassung der DSTG und des DBB setzt die Bundesregierung ihre sozialpolitische Glaubwürdigkeit auf das Spiel. Die Pläne werden scharf abgelehnt, den Einkommensanstieg sowie die Versorgung an der Inflationsrate auszurichten.

Titelfoto

Die neue Bundesleitung (v.l.): die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Helmut Overbeck, Manfred Lehmann und Anne Schauer, Bundesvorsitzender Dieter Ondracek, die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dr. Rainer Ullrich und Joachim Rothe, Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender, In der Raste 14 (DSTG-Haus), 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, <http://www.dstg.de>; e-mail: dstg-bonn.@t-online.de, Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, In der Raste 14, 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Herstellung: BUB, Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Baunscheidtstraße 6, 53113 Bonn. Fotos: DSTG, DSTG-Archiv, Friedhelm Windmüller, Josef Dick, Margret Wibke. Nachdruck honorarfrei gestattet. „Die Steuer-Gewerkschaft“ erscheint zehnmal jährlich; regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Auflage: ca. 80 000. Anzeigenabteilung: In der Raste 14, 53129 Bonn. Tel. (02 28) 5 30 05 13, Fax (02 28) 23 90 98. Gültig ist Anzeigentarif Nr. 21 vom 1. Januar 1997. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Sparen, die Neuverschuldung zurückführen, Steuern reformieren und senken“ – diese Themen bestimmen derzeit die Politik. Bei dieser Diskussion gerät leicht in Vergessenheit, daß eine der zentralen Ursachen für die Haushaltsprobleme die zunehmende Steuerunehrlichkeit ist. Wenn heute mehr als 100 Milliarden DM Steuern pro Jahr nicht erhoben werden, weil Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung Hochkonjunktur haben, so ist es in erster Linie Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß die Unehrlichen ihren Beitrag für die Staatskasse leisten. Bei einiger Anstrengung wäre in diesem Problembereich ein Potential von 30 bis 40 Milliarden DM pro Jahr zu gewinnen, das zur Senkung der Steuersätze eingesetzt werden könnte.

Für die Akzeptanz des Reformwerkes ist es auch wichtig, daß die Steuern einfacher und nicht komplizierter werden. In die verkehrte Richtung laufen Planungen, wenn zur Abmilderung des 630-Mark-Gesetzes steuerliche Freibeträge eingesetzt werden sollen. Einzig richtig kann nur sein, das 630-Mark-Gesetz selbst zu korrigieren.

Die geplante Unternehmensteuerreform mit niederen Steuersätzen kann auch nur gelingen, wenn der Spitzensteuersatz insgesamt heruntergenommen wird. Ein niedriger Körperschaftsteuersatz und ein hoher Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer bringen Akzeptanzprobleme, neue Ausweichstrategien, Rechtsstreitigkeiten und damit wieder Planungsunsicherheit – und dies wäre das Schädlichste!

Dieter Ondracek



Der 14. Steuer-Gewerkschaftstag setzte Maßstäbe

„Starke Steuerverwaltung – Garant für sozialen Frieden“

Mit dem Motto „Starke Steuerverwaltung – Garant für sozialen Frieden“ setzte die DSTG am 1./2. Juni 1999 auf dem 14. Steuer-Gewerkschaftstag zukunftsweisende Maßstäbe.

Zu allen Bereichen der DSTG-Gewerkschaftsarbeit wurden Beschlüsse gefaßt, von der Steuerpolitik über die Einkommenspolitik, bis hin zur Bildungspolitik.

Die in Lübeck versammelten Delegierten appellierten an die Politik, endlich mit Mut, Gestaltungskraft und Innovation – über die Parteigrenzen hinweg – ein durchgreifend vereinfachtes Steuerrecht zu schaffen. Mit der bisherigen Methode muß endlich Schluß gemacht

rapie verloren und gewinnt erst dann wieder Hoffnung, wenn den vielen, vielen Worten endlich Taten folgen“, so der 14. Steuer-Gewerkschaftstag in seinem Grundsatzbeschuß zur Steuerpolitik.

Glanzvoller Höhepunkt des 14. Steuer-Gewerkschaftstages war die öffentliche Kundgebung mit nahezu 1 000 Teilnehmern.

Nach der Eröffnungsrede von DSTG-Chef Dieter Ondracek (siehe Bericht in die-

Eichel präsentierte sich auf Videowand

ser Ausgabe) richteten der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck, Michael Bou-



Zufriedenheit über den gelungenen 14. Steuer-Gewerkschaftstag, v. l. n. r.: DSTG-Chef Dieter Ondracek mit der Vorsitzenden des gastgebenden DSTG-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Anke Schwitzer, und DBB-Chef Erhard Geyer.



Blick in die Reihen der Delegierten.

werden, nur noch auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu reagieren, das damit gegen den Grundsatz der Gewaltenteilung zum Ersatzgesetzgeber wird.

„Die Therapie ‚Steuervereinfachung‘ hat bisher keine Wirkung entfaltet. Der Patient ‚Steuerverwaltung‘ hat das Vertrauen in diese The-

teiller, für die Konferenz der Landesfinanzminister der Minister für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein, Claus Möller, für den Deutschen Beamtenbund der Bundesvorsitzende Erhard Geyer Begrüßungsworte an die Delegierten und Gäste.

Der neue Bundesfinanzminister Hans Eichel war we-

gen europäischer Verpflichtungen auf dem 14. Steuer-Gewerkschaftstag zwar nicht persönlich anwesend, sprach aber über eine Videowand zu den Anwesenden. Er bedankte sich bei den Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, die insbesondere durch die Neuregelung der 630-Mark-Jobs einen regelrechten Ansturm erlebten, für die geleistete Arbeit. Er betonte, daß die Deutsche Steuer-Gewerkschaft für das Bundesfinanzministerium, insbesondere mit ihren Stellungnahmen zur Steuergesetzgebung, ein wichtiger Gesprächspartner sei. Wie die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, wolle auch die Bundesregierung eine einfachere und gerechtere Steuergesetzgebung. Eichel räumte ein, die Notwendigkeit, politische Kompromisse zu schließen, führe dazu, daß dieses Ziel nicht immer erreicht werden könne.

Mit der Einkommensteuerreform, die dieses Jahr in Kraft getreten sei, werde eine sehr spürbare Entlastung der Arbeitnehmer, der Familien und auch des Mit-

telstandes erreicht. Innerhalb von drei Stufen ende die Regelung bei einer Nettoentlastung von mehr als

Finanzminister dankte Kolleginnen und Kollegen für Mehrarbeit

20 Milliarden DM. Das Steuersystem, das Steuerrecht mit seinen niedrigeren Sätzen sei auch ein Stück einfacher geworden. Dennoch ziehe das Gesetz in einzelnen Bereichen auch Mehrarbeit nach sich. Die dramatische Haushaltslage des Bundes, die sich aus dem hohen Schuldenberg ergebe und eine strukturelle Deckungslücke im Bundeshaushalt verhinderten, daß die Bundesregierung große steuerpolitische Schritte mit hohen Nettoentlastungen gehen könne. Wichtige steuerpolitische Vorhaben blieben aber weiterhin auf der Tagesordnung. Man müsse und werde noch in diesem Sommer einen Vorschlag für die Neuregelung der Unternehmensbesteuerung unterbreiten, die dazu führen solle, daß das Steuer-

recht auch in diesem Bereich europatauglich werde. Die Steuersätze sollten so gestaltet sein, daß Deutschland im europäischen Steuerwettbewerb bestehe.

Eichel erklärte, was die Bundesregierung sich vorgenommen habe, sei eine ge-

Klarheit für die gesamte Legislaturperiode?

waltige Aufgabe. Das Gesamtkonzept solle aber Klarheit schaffen für die gesamte Wahlperiode des Deutschen Bundestages und müsse klar machen, daß Steuer- und Finanzpolitik von den Grundsätzen der Solidität und der Berechenbarkeit geprägt zu sein hat und daß man ein Steuerrecht brauche, das einfacher und insgesamt für Arbeitnehmer und Unternehmer in diesem Land attraktiver sei. Für die Mitarbeit der Bediensteten der Finanzverwaltung an diesen großen Aufgaben bedankte er sich sehr und wünschte der Tagung des 14. Steuer-Gewerkschaftstages einen guten Verlauf.

In seinem Referat „Die Steuerpolitik im Spannungsfeld ihrer widerstreitenden Ziele“ erläuterte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller, unter Darlegung der Wirtschafts- und Finanzlage in Deutschland

und der schwierigen finanzpolitischen Ausgangslage zunächst die Haushalts- und Finanzplanung. Sodann ging er auf die Steuerpolitik der Bundesregierung ein, die für mehr Steuergerechtigkeit, gleichzeitig aber auch für mehr Wachstum und Beschäftigung Sorge. Die Entlastung von Arbeitnehmern und Familien durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, das geplante Familienentlastungsgesetz, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze und das Gesamtvolumen der dreistufigen Reform der Einkommensbesteuerung hob Diller hervor. Dargelegt

Fredersdorf leuchtet in die Geschichte der DSTG

wurden auch die Vorschläge der Sachverständigenkommission zu der Reform der Unternehmensbesteuerung, die Überlegung zu den weiteren Schritten der ökologischen Steuerreform und die Neuregelung der „630-Mark-Jobs“.

In der abschließenden Rede beleuchtete der DSTG-Ehrenvorsitzende Hermann Fredersdorf die 50jährige Geschichte der DSTG nach dem Kriege in vielen Facetten und zeichnete ein eindrucksvolles Bild der Zeitgeschichte.



Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller, bei seiner Ansprache.



Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Paul Courth, v. l. n. r.: die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Anne Schauer und Helmut Overbeck, Ehrenmitglied Paul Courth und DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek.

Neue Führungsspitze der DSTG in Lübeck gewählt

Wie wir bereits kurz berichtet haben, wurden DSTG-Chef Dieter Ondracek und seine Stellvertreter Dr. Rainer Ullrich, Anne Schauer, Helmut Overbeck und Joachim Rothe auf dem 14. Steuer-Gewerkschaftstag in Lübeck in ihren Ämtern mit überwältigender Mehrheit bestätigt.

Neu gewählt wurde in die Bundesleitung Manfred Lehmann (BV Köln) für Harold Hartmann (BV Köln), der aus Altersgründen nicht mehr kandidierte.

Hartmann war über drei Wahlperioden, also zwölf Jahre lang, stellvertretender Bundesvorsitzender der DSTG und seit 22 Jahren in DSTG-Funktionen tätig.

Ondracek dankte Hartmann für die verdienstvolle Arbeit in der Bundesleitung und für die Vertretung der DSTG nach außen im Bundestagsfinanzausschuß, bei Gesprächen in Ministerien und verschiedensten Veranstaltungen. Überall, wo Hartmann auftrat, habe er mit seinem Fachwissen und seiner Art und Weise, wie er die Dinge umgesetzt habe, hervorragende Arbeit geleistet.

Einstimmig wiedergewählt wurden die Rechnungsprüfer Karl Meyer (bfg – BV Nordbayern) und Jürgen Hollenberg (BV Düsseldorf).

Eine weitere Veränderung gab es in der Bundesgeschäftsführung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft: nach fast 30jährigem erfolgreichen Wirken übergab Paul Courth die Geschäftsführung an Rafael Zender, der zum Bundesgeschäftsführer bestellt wurde. Für seine großen Verdienste um die Deutsche Steuer-Gewerkschaft verlieh ihm der Delegiertentag die Ehrenmitgliedschaft. Paul Courth wird bis zu seiner Pensionierung weiterhin für die DSTG tätig sein. Kollege Courth ist zudem Generalsekretär der UFE, der europäischen Spitzenorganisation der DSTG, und wird den DBB bei der Aufnahme von Kontakten zu Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in den osteuropäischen Ländern unterstützen.

Grundsatzrede des DSTG-Vorsitzenden Dieter Ondracek

Steuergeheimnis „verhindert Revolution in Deutschland“

Hart rechnete der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek in der öffentlichen Kundgebung mit der Politik ab. Aus einer Analyse der Lage der Steuerverwaltung leitete er ein Forderungskonzept zu ihrer Sanierung ab. Nur über eine starke Steuerverwaltung könne Steuergerechtigkeit und damit soziale Gerechtigkeit hergestellt werden. Nur eine starke Steuerverwaltung sei der „Garant“ für den sozialen Frieden. Damit knüpfte er zugleich an das Motto des 14. Steuer-Gewerkschaftstages an.

Daß unser Steuerrecht zu einem Steuerchaos verkommen ist, sei inzwischen je-

Steuerchaos ist mit Händen zu greifen

dem Beobachter der steuerpolitischen Szene bekannt, sagte Ondracek. Auch die Ursachen seien klar: „In allen Lebensbereichen soll der politische Wille durch steuerliche Förderung bzw. Belastungen durchgesetzt werden. Ganz offensichtlich auch deshalb, weil man im ‚Chaos‘ unpopuläre Maßnahmen besser verstecken kann. Die Steuerpolitik ist zum Hinterzimmer einer nebulösen Gesellschaftspolitik geworden – Lichtjahre entfernt von dem, was uns die Abgabenordnung ebenso strikt wie schlicht vorgibt: Steuern sind Geldleistungen der Bürger zur Erzielung von Einnahmen des Staates“, so Ondracek.

Trotz offenkundiger Krankheit unseres Steuersystems weigere sich die Politik beharrlich, eine ihr ebenso längst bekannte Therapie anzuwenden: die Wurzel des Steuerchaos über den Abbau steuerlicher Vergün-

stigungen und Sonderregelungen zu veröden und dadurch zugleich den Steuertarif zu entlasten.

Krank sei unser Steuersystem insbesondere auch deshalb, weil das Steuerchaos in den Finanzämtern nicht zu heilen sei, weil die vorhandenen Steuerquellen nicht ausgeschöpft werden können. Das Geld liebe auf der Straße, aber die Politik hebe es nicht auf.

Ondracek forderte von den Politikern ein schlüssiges

Personalplanung an Aufgaben orientieren

Personalmanagement, d. h. die Aufgaben zu analysieren und darauf eine Personalplanung aufzubauen.

Scharf kritisierte der Bundesvorsitzende die GNOFÄ-Neu: „Wenn es beispielsweise ausreichen soll, daß nur 5 v.H. der Steuerfälle mit positiven Einkünften bis 200 000 DM im Innendienst intensiv geprüft werden, so ist dies eine direkte Aufforderung zur Steuerhinterzie-



Dieter Ondracek mit dem DSTG-Ehrenmitglied Erich Fleischer im Gespräch.

hung und ein besonders grober Verstoß gegen den Untersuchungsgrundsatz und seinen verfassungsrechtlichen Hintergrund“.

Wer versuche, betriebswirtschaftliche Modelle orientiert am Kosten-Nutzungsprinzip in die Steuerverwaltung einzuführen, folge einer Fata Morgana. „Unser Produkt unterscheidet sich von Autos, PC's, Möbeln usw. Wir produzieren Steuergerechtigkeit und haben

dabei einen strikten Gesetzesauftrag zu erfüllen. Welchen betriebswirtschaftlichen Nutzen hat ein Steuerbescheid, wenn Steuern erstattet werden?“, fragte der Bundesvorsitzende die düpierten anwesenden Politiker und die überzeugten Kolleginnen und Kollegen. Die Folge von allem sei das dramatische Volumen der Schattenwirtschaft, das von 1975 bis 1997 von 6% auf 15% des Bruttoinlandsproduktes gewachsen sei mit Steuerausfällen von über 150 Milliarden DM.

„Steuererhöhungen, auch die aktuellen Pläne zur Anhebung der Mineralölsteuer sind ein steuerpolitischer Skandal, und moralisch unvertretbar, solange die Steuerverwaltung nicht in der Lage ist, entsprechend ihrem Verfassungsauftrag die vorhandenen Steuergesetze anzuwenden und die vorhandenen Steuerquellen zu erschließen“, mahnte Ondracek.

Die Bankenfahndungen hätten gezeigt, wie Steuerhinterziehung zum Volkssport geworden sei und die Ehrlichen zu den Dummen zählten. Daß die Steuerfahn-



Harold Hartmann im Kreise „seiner“ Damen vom Bezirksverband Köln (v.l. n. r.): Andrea Deuker, Harold Hartmann, Michaela Mück-Hemmerich, Maria Richarz und Uschi Schneider.

derung die Pipeline in das Ausland geknackt habe, gehe weit über den einzigartigen Erfolg hinaus. „Unsere

Bankenfahndung beweist: Steuerhinterziehung ist Volkssport geworden

Kolleginnen und Kollegen haben einen Dienst für den ehrlichen Steuerzahler geleistet und einen besonders effektiven Beitrag zur Steuergerechtigkeit und damit zur sozialen Gerechtigkeit“.

Wer die Steuerverwaltung sanieren wolle, müsse die personelle Wettbewerbsfähigkeit mit der privaten Wirtschaft und den steuerberatenden Berufen herstellen. Der beste Leistungsanreiz seien Beförderungen. „Wir brauchen keine Spiel

Einkommen im öffentlichen Dienst müssen Schritt halten

wiese von Leistungselementen, sondern für gute Leistungen Beförderungen und insgesamt bessere berufliche Perspektiven“.

Ebenso wichtig sei, die Einkommen im öffentlichen Dienst an die allgemeine Einkommensentwicklung anzupassen. Längst überfällig sei, die Einkommen in



Verabschiedeter DSTG-Bundesgeschäftsführer Paul Courth und neu amtierender Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

den jungen Bundesländern dem Westniveau anzugleichen. Gleicher Lohn für gleiche Leistung in Ost und West sei ein striktes Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

Ondracek erinnerte an die 50jährige gewerkschaftliche Tradition der DSTG, die am 1. Juni 1949 in Beverungen (Ostwestfalen) gegründet wurde. Die historische Dimension der DSTG aber sei noch viel weiter gespannt: die Vorgängereinrichtung der DSTG, der Bund Deutscher Reichssteuerbeamten, sei bereits am 29. August 1920 gegründet worden. Landesgliederungen habe es schon seit 1900 gegeben.

„Der 14. Steuer-Gewerkschaftstag in Lübeck hat für

uns daher eine doppelte Bedeutung: zurückblicken und

Zukunft der DSTG mit Geschichte verknüpfen?

vorausschauen, d. h. aus der Vergangenheit unsere Zukunftsperspektive ableiten. Unsere Geschichte und die ‚Lübecker Plattform‘ gehören untrennbar zusammen“.

Das Motto des 14. Steuer-Gewerkschaftstages „Starke Steuerverwaltung – Garant für sozialen Frieden“ ist eine Warnung an die Politik, sagte Ondracek.

- Wenn Gewinne in Niedrigsteuergelände in aller Welt verlagert werden, während Arbeitnehmer

bis an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mit Steuern belastet werden,

- wenn Steuerzahler mit komfortablen finanziellen Spielräumen ihre Steuerschuld durch Verlustzu-

Steuerkriminalität ist Provokation für die Gesellschaft

weisungen und Sonderabschreibungen drastisch mindern können,

- wenn Schattenwirtschaft und Steuerkriminalität reiche Erträge einfahren,

ist dies eine Provokation der Bürger und unserer Gesellschaft schlechthin. Wer dies nicht ändert, wird bald erfahren, welch' sozialer Sprengstoff hinter diesen Mißständen steht.

Es ist wirklich fünf vor zwölf!

Lassen wir gemeinsam handeln:

- zum Nutzen unseres Gemeinwesens und seiner Bürger,
- im Dienste der Steuergerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit und damit auch zur Sicherung des sozialen Friedens!“,

so der Appell unseres Bundesvorsitzenden an die Politik, der mit spontanem lang anhaltendem Beifall bedacht wurde.



Der stellvertretende Bundesvorsitzende Helmut Overbeck (im Bild rechts) und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender (vorne Mitte) im Gespräch mit dem Minister für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein, Claus Möller (links).

Overbeck im Tarifsektor bestätigt

Unmittelbar im Anschluß an den Steuer-Gewerkschaftstag kam die Tarifkommission zu ihrer 57. Sitzung in Lübeck zusammen, um den geschäftsführenden Vorstand zu wählen. Besonders freute sich der Vorsitzende der Tarifkommission, Kollege Helmut Overbeck, über die Teilnahme des neuen Bundesgeschäftsführers, Kollegen Rafael Zender, dem das Amt des Wahlleiters angetragen wurde.

Die Wahlen brachten nur einstimmige Voten für die Kandidaten: so wurde der Vorsitzende, Kollege Helmut Overbeck, ebenso einstimmig in seinem Amt bestätigt wie der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Karl-Heinz Leverkus, der Arbeitnehmervertreter, Kollege Klaus Deiker und sein Stellvertreter, Kollege Christoph Ahlers. Außerdem benannte die Tarifkommission die Delegierten für den Gewerkschaftstag der DBB-Tarifunion, der vom 25. bis 27. November 1999 in Berlin stattfindet.

Neues Grundsatzprogramm der DSTG Die Präambel der „Lübecker Plattform“

Die „Lübecker Plattform“, das neue Grundsatzprogramm der DSTG, folgt dem Motto des 14. Steuer-Gewerkschaftstages „Starke Steuerverwaltung – Garant für sozialen Frieden“.

Die Delegierten verabschiedeten die Plattform als programmatische Orientierung an der Schwelle zum Dritten Jahrtausend mit überwältigender Mehrheit.

Die Präambel des Grundsatzprogramms lautet:

„An der Schwelle zum Dritten Jahrtausend verändert sich unsere Gesellschaft tiefgreifend:

Europäische Integration gewinnt an Profil

Zukunftsvisionen werden zu greifbaren Zukunftsperspektiven.

Die europäische Integration gewinnt immer schärferes Profil.

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist seit dem 1. Januar 1999 mit der gemeinschaftlichen Währung ‚EURO‘ vollendet.

Die Steuerpolitik muß sich im europäischen Wettbewerb bewähren und den Rahmen für eine globale Wirtschaft schaffen.

Die deutsche Einheit ist staatsrechtlich geschaffen, die innere Einheit bleibt eine Herausforderung.

In diesem Prozeß, der in der Geschichte ohne Vorbilder ist, hat die Steuerverwaltung eine Schlüsselfunktion. Dieser Aufgabe stellen sich ihre Beschäftigten – in sozialer Verantwortung für unser Gemeinwesen und seine Bürger.

Fortschreitende europäische Integration und globaler

Wettbewerb dürfen nicht vergessen lassen:

Deutschland ist ein ‚demokratischer und sozialer Bundesstaat‘ (Art. 20 GG). Unsere Verfassung begreift soziale Gerechtigkeit als Fundament des Rechtsstaates. Erst sie sichert sozialen Frieden.

Soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Nur sozial ausgewogene Steuergesetze, von einer leistungsstarken Steuerverwaltung konsequent vollzogen, sichern die gleichmäßige Besteuerung aller Bürger und damit soziale Gerechtigkeit.

Unser sozialer Rechtsstaat ist herausgefordert,

– wenn trotz deutlich wachsendem Bruttosozialprodukt die Steuereinnahmen stagnieren, ja zurückgehen, weil Gewinne in Niedrigsteuerebenen in aller Welt verlagert werden, während Arbeitnehmer bis an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mit Steuern belastet werden;

– wenn Steuerzahler mit komfortablen finanziellen Spielräumen ihre Steuer-

Steuereinnahmen stagnieren bei wachsendem Bruttosozialprodukt

schuld durch Verlustzuweisungen und Sonderabschreibungen drastisch mindern können,

– wenn Schattenwirtschaft und Steuerkriminalität risikolose reiche Erträge einfahren.

Deshalb benötigen wir:

ein sozial gerechtes Steuersystem,

– das seinen Hauptzweck, Einnahmen zu erzielen

(§ 3 Abs. 1 AO), erfüllt und

– das alle Bürger gleichmäßig, ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechend, steuerlich heranzieht;

eine leistungsstarke Steuerverwaltung,

– die das Vertrauen aller Bürger in ein gerechtes Gemeinwesen besitzt,

– die auf dieser Vertrauensbasis ‚Steuerrechtspflege‘ betreibt,

– die Steuerkriminalität mit Steuerausfällen in Milliardenhöhe wirksam bekämpft.

Die Steuerverwaltung verschafft dem Staat Einnahmen und sichert damit

Steuerverwaltung sichert materielle Existenz der Staaten

seine materielle Existenz. In einer Zeit bedrohlicher Haushaltsdefizite ist die Steuerverwaltung als Einnahmeverwaltung das Lebenselixier für Bund, Länder und Gemeinden, die Grundlage ihrer politischen Gestaltungskraft und Handlungsfähigkeit.

Die Beschäftigten der Steuerverwaltung sind sich dieser Rolle bewußt. Sie nehmen sie als Herausforderung an und verlangen ihren gebührenden Platz in Staat und Gesellschaft. In diesem Bewußtsein verabschiedeten die in Lübeck versammelten Delegierten des 14. Steuer-Gewerkschaftstages am 1. Juni 1999 die ‚Lübecker Plattform 1999‘ als Grundlage und Orientierungsmaßstab für ihr gewerkschaftliches Handeln.“

Die „Lübecker Plattform“, deren vollständiger Abdruck aus Platzgründen nicht möglich ist, befindet sich zur Zeit im Enddruck und wird anschließend allen Ortsverbänden zur Verfügung gestellt.

Ondracek: „Essen und Trinken nicht nur Privatsache“

Im Zuge der Vorschläge zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage war auch die Abschaffung der Absetzbarkeit von Bewirtungskosten in der öffentlichen Diskussion. Auf Nachfrage bezog DSTG-Chef Dieter Ondracek in den Medien hierzu wie folgt Stellung:

„Der steuerliche Abzug von Bewirtungskosten ist im Zuge der Sparmaßnahmen wieder ins Gerede gekommen. Essen und Trinken ist Privatsache. Von daher verbietet sich jeder steuerliche Abzug, meinen jene, die emotional aus Neidgefühlen heraus argumentieren oder die sich mit dem Betriebsausgabenbegriff zu wenig auseinandergesetzt haben.“

Manche Bewirtungen haben Charakter von Betriebsausgaben

Unzweifelhaft gibt es aber Bewirtungskosten, die ganz klar und eindeutig Betriebsausgabencharakter haben. Ein generelles Abzugsverbot ist daher problematisch. Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß gerade auf diesem Bereich Mißbräuche stattfinden.

Die derzeit gültige Regelung, wonach nur 80 % der Kosten abziehbar sind, versucht, Mißbräuche einzugrenzen. Je höher der nicht abziehbare Eigenanteil ist, um so weniger Mißbrauch wird betrieben. Von daher wäre unser Vorschlag, die steuerliche Abziehbarkeit auf 60 % zu vermindern. Dies würde helfen, Mißbräuche weitgehend zurückzudrängen, die Abzugsfähigkeit aber dennoch dem Grunde nach zuzugestehen, wirtschaftliche Störungen in der Gastronomie zu vermeiden und die Regelung praktikabel zu halten.

Andrea Sauer-Schnieber führt Bundesfrauenvertretung



Helene Wildfeuer (re.) übergibt symbolisch die Dienstgeschäfte an ihre Nachfolgerin, Andrea Sauer-Schnieber.

Auf der Sitzung der Bundesfrauenvertretung am 2. Juni 1999 im Anschluß an den 14. Steuer-Gewerkschaftstag in Lübeck wurde Andrea

Sauer-Schnieber mit überwältigender Mehrheit zur neuen Vorsitzenden der Bundesfrauenvertretung gewählt. Sie tritt damit die

Nachfolge von Helene Wildfeuer an, die zehn Jahre lang Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung war und am 9. Oktober 1998 zur Vorsitzenden der DBB-Bundesfrauenvertretung gewählt wurde. Die 37jährige Finanzwirtin aus dem Bezirksverband Westfalen-Lippe ist seit acht Jahren Bezirksfrauenvertreterin und seit fünf Jahren Landesfrauenvertreterin des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Daneben ist sie Mitglied im Bezirkspersonalrat bei der OFD Münster. Sie verbindet gewerkschaftliches Engagement mit dem Einsatz für Kolleginnen und Kollegen in der Personalvertretung.

Als Stellvertreterinnen wurden Marianne Dennerlein

von der Bayerischen Finanzgewerkschaft (neu) und Gisela Lutzke (Hamburg), zur Protokollführerin Ursula Wagenblaß (Bezirksverband Baden) gewählt.

Die Bundesfrauenvertretung dankte Kollegin Wildfeuer mit der Wahl zur Ehrenvorsitzenden für ihr jahrelanges Engagement als Vorsitzende ihres Gremiums. In den zehn Jahren ihrer Amtsführung ist es gelungen, Gleichstellungsgesetze im Bund und in den Ländern zu installieren, die Arbeitszeit ist erheblich flexibilisiert und die Ausweitung des Erziehungsurlaubs ist erreicht worden. Die gute Zusammenarbeit zwischen DBB und DSTG ist gesichert, als Vorsitzende der DBB-Bundesfrauenvertretung gehört Helene Wildfeuer weiterhin der DSTG-Bundesfrauenvertretung an.

DSTG mahnt Bundesländer

Objektive Kriterien für Personalbedarfsberechnung

Am 8. und 9. Juni 1999 wurden in Rendsburg die Gewerkschaften zu einer offiziellen Anhörung zur Personalbedarfsberechnung (PersBB) auf den 1. 1. 2000 von der Arbeitsgruppe Personalbedarfsberechnung der Steuerverwaltung der Länder eingeladen.

Für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft nahmen an dieser Anhörung teil:

- der stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Rainer Ullrich,
- Bundesgeschäftsführer Rafael Zender,
- der Vorsitzende des Arbeitskreises PersBB der DSTG, Hans-Jürgen Schnieber

sowie

- die Mitglieder des Arbeitskreises Josef Bugiel, Horst Dölling, Günter Martini, Werner Möller und Detlef Stolz.

Neben einer Vielzahl von kritischen Anmerkungen

Gleichmäßigen Vollzug des Steuerrechts gewährleisten

und Fragen zu den einzelnen Zeitwerten der PersBB-Muster wurden einige grundsätzliche Themen zu diesem Problembereich angesprochen.

Die DSTG-Vertreter machten deutlich, Ziel der PersBB müsse weiterhin ein nach objektiven Kriterien ermittelter Bedarf sein, dessen Grundlage ein gesetzmäßiger Vollzug des Steuerrechts sein müsse. Die jetzige PersBB spiegele in weiten Teilen den Personalbedarf unter Einbeziehung einer Arbeitsweise, die sich weitgehend an politischen Vorgaben orientiere, wider.

Eine unter diesen Gesichtspunkten erstellte PersBB hält die Deutsche Steuer-Gewerkschaft als Grundlage für eine gleichmäßige Personalverteilung für geeignet. Sie böte die Chance in allen Bundesländern eine gleichmäßige Personalausstattung herzustellen.

Allerdings müsse die PersBB flexibel auf Veränderungen reagieren. Um das Ziel einer bundesweit gleichmäßigen

Baden-Württemberg muß sich an Beratungen beteiligen

Personalverteilung zu erreichen, sei es um so mehr notwendig, daß sich auch Baden-Württemberg an der Arbeitsgruppe Personalbedarfsberechnung der Steuerverwaltung der Länder aktiv beteilige.

Durch Rechtsänderungen bedingter Personalmehrbedarf müsse dann offen ausgewiesen werden, ein Minderbedarf genutzt werden, um die politisch vorgegebenen Abschlüsse zu korrigieren.

Es wurde gemeinsam beklagt, daß bei der Verabschiedung der Steueränderungsgesetze der Verwaltungsaufwand der Länder und ein eventuell erforderlicher zusätzlicher Personalmehrbedarf nicht beziffert werde. Als Beispiel diene das 630-DM-Gesetz.

Die DSTG-Vertreter trugen vor, daß sie die Länderfinanzminister auffordern

Personalmehrbedarf ermitteln

werden, im Zuge der Beratungen eines Steuergesetzes im Bundesrat von der Arbeitsgruppe Personalbemessung der Steuerverwaltung den Personalmehrbedarf

substantiiert ermitteln und schätzen zu lassen. Die Verwaltungsvertreter begrüßten diese Initiative als positiven Denkanstoß.

Die im einzelnen angesprochenen Arbeitsgebiete (Muster) stehen hinsichtlich der Zeitwerte für die einzelnen Arbeitsschritte im Spannungsfeld vorhandenes Personal versus rechtmäßige Steuerfestsetzung. Die von den DSTG-Vertretern als zu niedrig kritisierten Zeitwerte in nahezu allen Mustern finden ihre Ursachen in strikten politischen Vorgaben. Die Arbeitsgruppe Per-

sonalbemessung der Steuerverwaltung der Länder machten deutlich, daß sie politische Vorgaben zu berücksichtigen haben und ihnen insoweit die Hände gebunden seien.

Kappung von Fallzahlen ist der falsche Weg

Als völlig falschen Weg brandmarkten die DSTG-Vertreter jede Art von Kappung von Fallzahlen oder Zeitwerten, da dies zu einer falschen Arbeitsweise führen würde. Es wurde vereinbart, die Anhörung der Gewerkschaften, die beide Seiten im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten als konstruktiv betrachteten, in kürzeren, regelmäßigen Abständen zu wiederholen.

+++ Tarif-Telegramm +++

Die am 4./5. Mai 1999 zwischen der DBB-Tarifunion und den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes aufgenommenen und inzwischen Anfang Juni 1999 fortgesetzten Tarifverhandlungen zur „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ treten auf der Stelle. Problempunkte der Verhandlungen sind die Einführung von Arbeitszeitkonten und eines Arbeitszeitkorridors.

Zu einer turnusmäßigen Arbeitssitzung sind die Vorstände und Tarifkommissionen von DBB-Tarifunion/GGVöD in Bonn zusammengekommen, um insbesondere die Gewerkschaftstage vom 25. bis 27. November 1999 in Berlin vorzubereiten. Die Gremien billigten die geplanten organisationspolitischen Änderungen und bekräftigten nochmals das Vorhaben, den Namen GGVöD in DBB-Tarifunion zu ändern. Nach dieser Weichenstellung bleibt es den Delegierten des Gewerkschaftstages vorbehalten, die endgültigen Entscheidungen zu treffen.

Das Bundesfinanzministerium hat den Verwaltungsrat der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) neu bestellt. Danach wird die DBB-Tarifunion künftig im VBL-Verwaltungsrat u. a. durch den stellvertretenden DSTG-Bundesvorsitzenden, Kollegen Helmut Overbeck, vertreten sein.

Mit Beschluß vom 20. April 1999 (1 ABR 72/98) hat das Bundesarbeitsgericht den Gewerkschaften erstmals die Möglichkeit eröffnet, Tarifverstöße einzelner Arbeitgeber unmittelbar gerichtlich zu verfolgen. Die Richter stellten klar, daß Gewerkschaften einen Unterlassungsanspruch gegen tarifwidrige Betriebsvereinbarungen geltend machen können.

Sparpläne: Pensionäre und Rentner betroffen

Die Bundesregierung hat am 23. Juni 1999 ihr Zukunftsprogramm 2000 und ihre Reformvorschläge zur Sanierung des Bundeshaushalts 2000 und die mittelfristige Finanzplanung vorgestellt.

Das Zukunftsprogramm der Bundesregierung enthält für den öffentlichen Dienst u. a. folgende wesentliche Vorhaben:

- Bei Beamten und Versorgungsempfängern sollen die Bezüge in den nächsten zwei Jahren höchstens in dem Maße steigen, wie die Einkommen bei Renten und anderen Empfängern öffentlicher Leistungen. Der Einkommensanstieg soll sich an der Inflationsrate orientieren. Für das Jahr 2000 ist ein Anstieg um 0,7 % und für das Jahr 2001 um 1,6 % prognostiziert. Nach Ansicht der Bundesregierung sollen in diese Regelungen alle Beschäftigten einbezogen werden, die Lohn und Gehalt aus Steuermitteln beziehen.
- Auf Bundesebene soll der Staatsapparat konsequent verkleinert werden. Die lineare Stelleneinsparung in der Bundesverwaltung wird in den nächsten vier Jahren fortgesetzt. Dies bedeutet einen weiteren Stellenabbau von 6 %.
- Die Renten werden in den Jahren 2000 und 2001 steigen; der Rentenanstieg soll sich allerdings nicht mehr an der Netto-lohnentwicklung, sondern an der Inflationsrate orientieren. Diese ist für das Jahr 2000 mit 0,7 % und für das Jahr 2001 mit 1,6 % prognostiziert. Ab dem Jahre 2002 sollten Rentner wieder an der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer teilnehmen.

- Die Besteuerung der Einkommen soll sich an der Leistungsfähigkeit ausrichten. So soll der Eingangs- und Spitzensteuersatz in zwei Schritten auf 19,9 % bzw. 48,5 % gesenkt und der steuerliche Grundfreibetrag in zwei Schritten auf 14 000 DM angehoben werden.
- Der Familienleistungsausgleich soll neu geregelt werden. In einer ersten Stufe wird ein einheitlicher Betreuungsfreibetrag von 3 024 DM für Kinder für 16 Jahre zusätzlich zum Kinderfreibetrag unter Anrechnung des Kindergeldes eingeführt. Ältere behinderte Kinder werden in den Betreuungsfreibetrag einbezogen. Der bisher mögliche Abzug von Kinderbetreuungskosten und von Schulgeld entfällt.

Außerdem wird das Kindergeld für das erste und zweite Kind um 20 DM monatlich angehoben.

- Es ist durch den seit 1. April 1999 vorgenommenen Einstieg in die ökologische Steuerreform vorgesehen, den Beitragsatz der Rentenversicherung dauerhaft auf 18,5 % abzusenken. Zu diesem Zweck werden die Steuersätze auf Kraftstoffe in den nächsten vier Jahren um jeweils sechs Pfennige und der Steuersatz auf Strom um jeweils fünf Pfennige angehoben.

Der DBB-Bundesvorsitzende Erhard Geyer hat im Vorfeld der Veröffentlichung die Sparpläne mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Mit ihren Maßnahmen setze die Bundesregierung, die vor den Wahlen anderes versprochen habe, „jegliche Glaubwürdigkeit in der Sozialpolitik aufs Spiel“.

Die jährliche Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) sei

kein Privileg, sondern Teil des verdienten Jahreseinkommens. Es sei für die Wirtschaftskraft Deutschlands von großer Bedeutung. Abstriche am Weihnachtsgeld, Nullrunden und angekündigte Sparmaßnahmen würden sich verheerend auf Leistungsbereitschaft und Motivation der Beschäftigten auswirken. Die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes werde damit gefährdet. Kürzungen würden darüber hinaus drohen, die Binnennachfrage und damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen.

Für Beamte und Versorgungsempfänger sei durch die Einführung der von ihnen finanzierten Versorgungsrücklagen ihr Sparprogramm bis weit ins nächste Jahrhundert festgeschrieben. Die jetzt greifenden Sparmaßnahmen von 1997 und 1998 bewirkten mit der Versorgungsrücklage in ihrer Kumulationswirkung Einkommensverluste zwischen 12 % und 18 %; unter Einbeziehung des Fortfalls des Weihnachtsgeldes würde der Verlust 20 % bis 26 % betragen.

Die Kürzungspläne seien auch in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen und den Konsequenzen für das Sozialsystem unerträglich.

Die weiter geplante zwangsweise Zusatzversicherung von 2,5 % stelle nichts anderes als eine Beitragserhöhung allein zu Lasten der Beschäftigten dar. Diese Maßnahme stehe nicht nur in diametralem Widerspruch zu früheren Ankündigungen der Bundesregierung; sie stelle darüber hinaus einen Bruch des die Sozialversicherungssysteme ansonsten prägenden Solidarprinzips dar.

Es fehle jeder Ansatz für eine beschäftigungspolitische Initiative, insbesondere zugunsten der Jugend, die in dieser Situation dringend geboten sei.



Tauschcke

StOS'in aus Sachsen-Anhalt (OFD Magdeburg) sucht Tauschpartner/in (mittlerer Dienst) aus dem Bereich der OFDen Münster, Düsseldorf oder Köln.

StI'in z. A. aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht Tauschpartner/in aus Bereich der OFD Bremen (Finanzamt Bremen).

StOS'in aus NRW (OFD Düsseldorf, FA Wuppertal) sucht Tauschpartner/in aus Bereich der OFD Erfurt (FA Gotha, Erfurt oder Weimar).

StS z. A. aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Magdeburg.

StI'in aus NRW (OFD Münster) sucht dringend Tauschpartner/in aus Hessen (Finanzämter in Frankfurt).

StAf aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht Tauschpartner/in aus den Bereichen der OFD Berlin und näherer Umgebung.

StI'in z.A. aus Sachsen (OFD Chemnitz) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem

- OFD-Bereich Rostock (FA Schwerin, Ludwigslust oder Rostock) oder
- OFD-Bereich Kiel (FA Kiel, Bad Segeberg, Eutin) oder
- OFD-Bereich Magdeburg (FA Stendal, Salzwedel oder Magdeburg).

StI'in z. A. aus Nordrhein-Westfalen (OFD Münster) sucht Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Hannover (Finanzämter in Braunschweig).

StOS'in aus NRW (OFD Münster) sucht Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD München.

StOS'in aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht Tauschpartner/in aus dem Raum Garmisch-Partenkirchen (OFD München).

Sponsoren für Sportler

Die Deutsche Finanzsporthilfe (DFSH), vertreten durch ihren Vorsitzenden Richard Huber konnte für die Deutschlandturniere 1999 in Chemnitz und 2000 in Augsburg das BHW als Werbepartner gewinnen. Im Rahmen des DSTG-Delegiertentages 1999 in Lübeck stellte Ulrich Pape vom BHW das gemeinsame Motto vor: „Zwei sportliche Partner – BHW und DFSH“.



Die beiden Verantwortlichen für das 25. Deutschlandturnier in Augsburg, Josef Dick (stellvertr. bfg-Bezirksleiter) und Johanna Markl (stellvertr. bfg-Landesvorsitzende) vereinbarten vor Ort die organisatorische Umsetzung der neuen Partnerschaft.

Für dieses Jubiläumsturnier sind alle DSTG-Bezirks- und Landesverbände bereits jetzt aufgerufen, ihre Meldungen abzugeben. Da gleich im Anschluß an das Deutschlandturnier in Augsburg das Oktoberfest im benachbarten München startet, ist insbesondere wegen der Unterbringungsmöglichkeiten Eile geboten.

Zentraler Ansprechpartner ist der Organisationsleiter Josef Dick, Tel. pr.: 08 21/47 39 00, oder beim Finanzamt Augsburg-Stadt: 08 21/5 06-10 69.

Deutschlandturnier in Chemnitz vorbereitet

In einer gemeinsamen Sitzung des DFSH-Vorstandes mit dem Organisationsteam der FSG Chemnitz im Finanzamt Chemnitz Süd am 21. Mai 1999 zur Vorbereitung des 24. Deutschlandturniers, das vom 16. bis 18. September 1999 in Chemnitz stattfindet, wurde u. a. die Gruppenauslosung für das Fußballturnier vorgenommen (s. Kasten). Beginnen werden die Vorrundenspiele am 17. September 1999 um 10:30 Uhr und die Viertelfinalspiele am 18. September 1999 um 10:00 Uhr. Das End-

spiel ist für 15:45 Uhr geplant. Die Spieldauer der Vorrunden- sowie der Viertel- und Halbfinalspiele beträgt 2 x 15 Minuten, die des Endspiels 2 x 20 Minuten.

Am 17. September 1999 wird das Deutschlandturnier um 9:00 Uhr eröffnet im Chemnitzer Sportforum im Stadtteil Bernsdorf an der Reichenhainer Straße; anschließend beginnen die sportlichen Wettkämpfe in den Disziplinen Fußball, Tischtennis, Tennis, Schach und Kegeln. Schirmherr der Veranstaltung mit der Rekord-



v. l. n. r.: Ulrich Pape vom BHW, Josef Dick, Johanna Markl und Richard Huber.

beteiligung von rund 1 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist der Finanzminister des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Georg Milbradt, der die Sportlerinnen und Sportler auch begrüßen wird. Grußworte werden halten neben dem Organisationschef, Jost Hess (2. v. l. auf dem Foto), der Oberbürger-

meister der Stadt Chemnitz, Dr. Peter Seifert, der Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Sachsen, Joachim Rothe (auf dem Foto in der Bildmitte), sowie der Bundesvorsitzende, Kollege Dieter Ondracek, bevor das Turnier durch den Vorsitzenden der Deutschen Finanzsporthilfe, Kollegen Richard



Von der professionellen Vorbereitung des 24. Deutschlandturniers der Finanzämter konnten sich die DFSH-Vorstandsmitglieder, Kollegen Richard Huber, Josef Küpper, Heinz Gewehr und Paul Hujer, bei einer gemeinsamen Sitzung mit dem Organisationsteam der FSG Chemnitz im Finanzamt Chemnitz Süd am 21. Mai 1999 überzeugen.

Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C	Gruppe D
FA Essen-Ost	FA Augsburg-Land	OFD Stuttgart	FA Giessen
FA Siegburg	FA Neuwied	FA Saarbrücken	FA Verden
OFD Berlin	FA Weinheim	OFD Chemnitz	FA Hamm
FA Halle-West	FA Bremen-N/M	FA Singen	FA Potsdam
FA Suhl	OFD Hamburg	OFD Rostock	FA Flensburg

Huber (5. v. l. auf dem Foto), eröffnet wird.

Neben den 320 teilnehmenden Fußballern liegen dem Ausrichter für das Tennisturnier insgesamt über 50 Meldungen vor, für das Tischtennisturnier fast 120 Meldungen, das Kegeltturnier

insgesamt über 210 Meldungen und für das Schachturnier 38 Meldungen. Begleitet werden die aktiven Sportlerinnen und Sportler von rund 250 Fans. Die Organisation des Deutschlandturniers stellt für das Organisationsteam, das von über 100 Helferinnen und Helfern vor Ort unterstützt wird, eine gewaltige Herausforderung dar, die „wir jedoch meistern werden“, zeigte sich sehr zuversichtlich der Gesamtorganisator Jost Hess.

Gäste sind übrigens herzlich willkommen!

Das BHW Hameln – Der Baufinanzierer – ist erstmals Hauptsponsor eines Deutschlandturniers. Als BHW-Repräsentant und zuständiger Referent für die Verbindungspflege hat Ulrich Pape (auf dem Foto 3. v. l.) an der Besprechung in Chemnitz teilgenommen und die in Betracht kommenden Werbeaktivitäten unter die Lupe genommen.

Erste Fußballmeisterschaft in Thüringen

Am 14. Juni 1999 fand bei optimalen äußeren Bedingungen in Mühlhausen/Ammern die 1. Fußballmeisterschaft der Thüringer Finanzverwaltung unter Beteiligung der Finanzämter Erfurt, Gotha, Jena, Mühlhausen, Rudolstadt und Suhl statt.

Die Schirmherrschaft hatte der Thüringer Finanzminister Andreas Trautvetter übernommen, der – ebenso wie Oberfinanzpräsident Hartmut Schulz – durch persönlichen Einsatz das Turnier tatkräftig unterstützte und auch aktiv ins Geschehen eingriff.

Den Turniersieg errang die Mannschaft des Finanzamtes Suhl durch einen knappen 1:0 Erfolg im Endspiel gegen die gastgebende Mannschaft des Finanzamtes Mühlhausen.

Damit nehmen die Suhler als erste Mannschaft Thüringens am diesjährigen Deutschlandturnier in Chemnitz teil.

In einem Einlagespiel standen sich die Auswahlmannschaften der OFD Erfurt und der Vorsteher/ständige Vertreter/SGL – verstärkt durch Minister Trautvetter – gegenüber. Die ausgeglichene Partie endete 1:1.

Für den Organisationsleiter, Bernd Fricke (Sportbeauftragter der DSTG-Landesleitung Thüringen), ist der große Zuspruch der Teilnehmer Ansporn, die Fußballmeisterschaft zu einer jährlichen Tradition auszubauen und in Vorbereitung der Deutschlandturniere der Finanzämter Ausscheidungswettkämpfe für weitere Sportarten durchzuführen. Der Vorstand der Deutschen Finanzsporthilfe und die Bundesleitung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft wünschen viel Erfolg!



Thüringens Finanzminister Andreas Trautvetter eröffnet die Erste Fußballmeisterschaft des DSTG-Landesverbandes Thüringen in Mühlhausen.

Kolleginnen und Kollegen! Wer von Euch läuft ...

MARATHON

... oder möchte es endlich einmal versuchen?

Laufen gehört zu den beliebtesten Ausgleichssportarten, wohl auch, weil es die einfachste sportliche Aktivität mit maximalem Gesundheitseffekt ist. Überwindung kostet es trotzdem.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich schon längst überwunden, sie haben sich anstecken lassen von der Faszination eines Marathonlaufs. Für Euch und für diejenigen, die noch auf den passenden Anlaß warten einen Marathon zu laufen, sollen erstmals

„Deutsche Marathon-Meisterschaften der Finanzbehörden“

ausgetragen werden. Jede Kollegin, jeder Kollege im Dienst einer Finanz- oder Zollbehörde kann daran teilnehmen, unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit.

Eine Durchführung ist aber abhängig von Eurer Beteiligung!

Jeder Interessierte füllt deshalb den u. a. Abschnitt aus. Noch besser, Ihr laßt in Eurem Amt eine oder mehrere Listen umgehen, in die sich jeder Interessierte eintragen kann. Gebt diese Anzeige auch an Kolleginnen oder Kollegen weiter, die das vorliegende Heft nicht erhalten oder macht hiervon eine Kopie als Umlauf. Abschnitt, Liste oder Umlauf schickt bitte bis zum 30. 09. 99 an:

**Finanzamt Mannheim-Stadt
Stelle 11.7.2
z. Hd. Herrn Freerksen
L 3, 10
68161 Mannheim**

Die Meisterschaften sollen im Frühjahr 2000 stattfinden, als Austragungsort werden die Städte Hannover und Regensburg mit ihrem City-Marathon zu Wahl stehen. Welcher Ort schließlich den Zuschlag erhält, ist auch von Eurer Wahl abhängig (siehe Abschnitt). Die Bezahlung der Startgebühren (ca. 60,- DM) sowie Anreise und Unterkunft wird persönlich Sache jedes einzelnen Teilnehmers sein.

Es sollen Eure Meisterschaften werden, deshalb bitte ich Euch um Eure Mithilfe und um rege Beteiligung. Jede Meldung ist unverbindlich und bindet niemanden an eine tatsächliche Teilnahme.

-----><-----
Name
Vorname
Dienststelle
Ich würde gerne in
Hannover Regensburg laufen.
Ich würde teilnehmen an
der Einzelwertung und einer Mannschaftswertung
(für eine Mannschaftswertung – Damen und Herren gemischt – sind 3 Teilnehmer einer Dienststelle erforderlich)
Ich würde lieber nur einen Halbmarathon (21,1 km) laufen
(Bei ausreichender Beteiligung ist eine zusätzliche Meisterschaftswertung möglich, jedoch nur in Regensburg!)